Protokoll des Länderrats (LR) am 9. September 2006

Anwesenheit siehe Liste

Top 1 Konstituierung

- Die Geschäftsordnung (GO) des alten Länderrats ist mit einigen Enthaltungen angenommen. **B01/ 060909**

- Gäste haben Rederecht auf dem Länderrat. **B02/ 060909**

- Der Länderrat ist nach Prüfung der Mandate beschlussfähig.

- Die vorgeschlagene Tagesordnung ist mit einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen. **B03/ 060909**

- Wahl der Wahlkommission: Auf Vorschlag des Präsidiums wird die Wahlkommission aus den KollegInnen der Geschäftsstelle gebildet. Dieser Vorschlag wird vom Länderrat einstimmig angenommen.

- Wahl des Präsidium des Länderrat:
  Vorgeschlagen sind: Anny Heike, Enrico Stange,
  Astrid Kraus, Edmund Worgul, Rosemarie Kaersten, Damian Ludewig.

  Gewählt nach Auszählung der Stimmen (bei 2 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme): Anny Heike (38 Stimmen), Edmund Worgul (46), Astrid Kraus (38), Enrico Stange (32), Damian Ludewig (37),

  Nicht gewählt wurde Rosemarie Kaersten (29)

  Die Gewählten erklärten, dass sie die Wahl annehmen.

Top 2 Berichte

- Klaus Ernst berichtet zum Parteibildungsprozess und stellt erläuternd den vorgeschlagenen Zeitplan und einen groben Verfahrensvorschlag der Steuerungsgruppe dazu vor **(Anlage A1)**.

- Werner Dreibus berichtet zum Gutachten Professor Martin Morloks, das die Möglichkeiten und Varianten der Parteibildung aus rechtlicher Sicht beleuchtet, bewertet und eine Empfehlung ausspricht. **(Anlage A2 Zusammenfassung des BV)**.

- Felicitas Weck berichtet aus der Steuerungsgruppe Satzung (auf die veröffentlichten Sofortinfos der Steuerungsgruppe Satzung wird verwiesen.

- Thomas Händel berichtet zur Steuerungsgruppe Finanzen (Auf die Sofortinfos wird verwiesen).

- Christine Buchholz berichtet zur Steuerungsgruppe Internationales (Auf die Sofortinfos wird verwiesen)

- Ulrike Zerhau berichtet aus der Steuerungsgruppe Frauen. Die StG spricht sich für die Weiterführung der 50% - Quotierung der Parteien aus und wird das Querschnittsthema Frauen offensiv in den Parteibildungsprozess einbringen.

- Ralf Krämer berichtet zur Steuerungsgruppe Jugend, die bei einem ersten Treffen von Vertretern aus den Landesverbänden der Jugendstrukturen beider Parteien gebildet wurde und den Auftrag hat, ein Konzept für einen einheitlichen Jugendverband der Neuen Linken zu erarbeiten.

- Axel Troost berichtet aus der Steuerungsgruppe Programm.

Beschluss zur GO:
Der Länderrat beschließt, abweichend von der GO des LR, eine Redezeitbegrenzung von 3 min, Wortmeldungen werden nur zu den aufgerufenen Tagesordnungspunkten zugelassen.
>> Bei wenigen Enthaltungen so beschlossen **B04/ 060909**

Anschließend Debatte zu den Berichten.

Antrag Sabine Lösing zur Tagesordnung:

Das Votum zu den Berichten des Bundesvorstand soll erst nach den TOPs 3 und 4 abgestimmt werden.
>> Bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen **B05/ 060909**

Antrag Sabine Lösing:

Der Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass das Gutachten von Prof. Morlok mitgliederöffentlich zugänglich gemacht wird.
>> Einstimmig beschlossen **B06/ 060909**

Top 3 Organisation und Finanzen (und nach GO-Beschluss TOP 4 Parteitag)

- Thomas Händel berichtet zur laufenden Wirtschaftsprüfung und zur derzeitigen Finanzlage der Partei und erklärt die notwendigen Einschnitte des BFR im Haushalt 2006 der Bundespartei.

  Anträge zur GO:
  TOP 3 und 4 werden insgesamt behandelt.
  >> Bei 2 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen **B07/ 060909**

  Verlängerung des LR bis endgültig 17:00 Uhr
  >> Bei 1 Gegenstimme angenommen **B08/ 060909**

  Initiativantrag Hessen **(Anlage A3)**
  Absage Parteitag, dafür Länderrat im November zur Diskussion des Parteibildungsprozess
  >> mit großer Mehrheit abgelehnt **B09/ 060909**

  Initiativantrag des Bundesvorstandes
  Der für den November geplante ordentliche Parteitag kann auf dem derzeitigen Kostenniveau nicht durchgeführt werden. Der Bundesvorstand und der Bundesfinanzrat wird beauftragt, den Parteitag auf niedrigstem Finanzniveau durchzuführen.
  >> mehrheitlich angenommen **B10/ 060909**

  Antrag Thüringen **(Anlage A4)**
  Parteitag 3 Tage
  >> Antrag ist zurückgezogen

  Antrag NRW (Absatzweise) **(Anlage A5)**
  1. Absatz: 2-tägiger Parteitag
  >> mit 34 Ja- und 27 Neinstimmen so beschlossen **B11/ 060909**

  2. Absatz: Sonderabgabe
  >> mit großer Mehrheit abgelehnt **B12/ 060909**

  Änderungsantrag Rouzbeh Taheri (Berlin) zum Initiativantrag des Bundesfinanzrats (BFR)
  Statt 35% Abzug nur 20 % Abzug bei Kreisen und Ländern
  >> Mehrheitlich abgelehnt

  Initiativantrag des Bundesfinanzrates zur Finanzlage **(Anlage A6)**
  >> mit einigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen angenommen **B13/ 060909**

Antrag Bundesvorstand
Der Länderrat nimmt Zeitplan zur Parteibildung unter Hinzufügung des 2-tägigen Parteitages zustimmend zur Kenntnis.
>> mit 5 Enthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen **B14/ 060909**

Änderungsantrag Rouzbeh Taheri (Berlin)
Delegiertenzahl November 350 statt 300
>> Mehrheitlich abgelehnt **B15/ 060909**

Antrag Bundesvorstand
Delegiertenanzahl zu den nächsten beiden Parteitagen:
November 300 Delegierte
>> Mehrheitlich angenommen **B16/ 060909**

März 398 Delegierte
>> mit wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen **B17/ 060909**

Antrag Thomas Händel, die ABK auf 9 Personen zu beschränken
>> mit großer Mehrheit abgelehnt **B18/ 060909**

GO Antrag Klaus Ernst
Der Länderrat möge beschließen, die politische Entscheidung zu treffen, dass KollegInnen, die erklärtermaßen zu den 20% Beitrags – Nichtzahlern zählen, nicht in Parteitagsgremien gewählt werden.
>> mit knapper Mehrheit angenommen **B19/ 060909**

Wahl der ABK des Parteitages (Geheime Abstimmung)
Vorgeschlagen sind:
C. V. Adam, W. Dreibus, G. Kessler, R. Krämer, M. Mulia, P. Vetter, E. Worgul, H. Hillebrand, B. Ostmeyer, P. Zühlke, D. Ludewig

Gewählt sind die KollegInnen, die mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Delegierten auf sich vereinigen.

Abgegebene Stimmen: 45, davon 1 Enthaltung, 3 ungültig. Zur gültigen Wahl sind 23 Stimmen notwenig.

Gewählt sind: Adam (23 Stimmen), Dreibus (31), Krämer (30), Ludewig (27), Worgul (28), Ostmeyer (26), Vetter (29), Kessler (29), Mulia (30)

Nicht gewählt ist Hillebrand(22), Zühlke (13)

Vorschlag für das Präsidium des Landerrates
Hasso Ehinger, Marko Röhrig, Enrico Stange, Siegfried Wied, Gisela Brandes-Steggewentz, Meike Lüdemann, Rouzbeh Taheri
>> mehrheitlich angenommen **B20/ 060909**

Alle anderen Anträge werden an die zuständigen Gremien verwiesen.

Kassel, den 9. September 2006

F. d. R. Frank Puskarev
-Bundesgeschäftsstelle-

Enrico Stange – Anny Heike – Edmund Worgul – Astrid Kraus – Damian Ludewig
-Präsidium-

Anlage A1
Terminüberblick

30.9.062006	**Programmkonvent**
13.10.06	**Vereinbarung** über Verfahren und Ablauf Entwurf der Gründungsdokumente
14./15.10.	WASG-BuVo verständigt sich über die Diskussionsentwürfe der Gründungsdokumente
21.10.06	**Aktionstag der Gewerkschaften**
22.10.06	Gemeinsame Sitzung beider Parteivorstände Vorlage, Beschluß und Veröffentlichung der Diskussionsentwürfe der Gründungsdokumente
01.11.06- 30.11.06	Diskussion der Gründungsdokumente an der Basis **Regionalkonferenzen**
18./19.11.	**Parteitag der WASG**
Ende Nov.	**Veröffentlichung** der Entwürfe für Schiedsordnung und Rahmenwahlordnung der neuen Partei
09.12.06 bzw. 15.12.06	Abschluss der Erarbeitung der Parteitagsanträge durch die Untergruppen (Be- und Einarbeitung der Änderungsvorschläge)
10.12.06 bzw. 17.12.06	Gemeinsame Sitzung des PV der Linkspartei.PDS und des BuVo der WASG in Berlin zur Vorlage, zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Antragsentwürfe zu den Gründungsdokumenten an die parallel tagenden Bundesparteitage
16.12.06 bzw. 23.12.06	Zeitpunkte für die Einberufung der parallel tagenden Parteitage
03.02.07 bzw. 10.02.07	Antragsfrist für Einreichung der Geschäftsordnungsanträge für die parallel tagenden Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG
24.02.07 bzw. 03.03.07	Gemeinsame Sitzung beider Antragskommissionen mit Teilnahme legitimierter Vertreter/innen der Unterarbeitsgruppen legitimierter
17.03.07/ 18.03.07 oder	(Bremen oder Bonn (Bonn = Empfehlung durch Bundessteuerungsgruppe)

24.03.07/ 25.03.07	(Essen oder Düsseldorf) **Parallel stattfindende Parteitage** zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente (Essen, Bremen oder Bonn) direkt danach Gemeinsame Sitzung des PV der Linkspartei.PDS und dem BuVo der Bundesparteitagen WASG zur Vorlage, zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Urabstimmungsdokumente für die parallel stattfindenden
30.03.07-18.05.07	**Urabstimmung** in beiden Parteien
06.-08.06.07	**G8-Gipfel in Heiligendamm**
15.06.07/ 16.06.07	**Gründungsparteitag** mit Wahl der Gremien (Berlin) 1. Tag: parallele Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG 2. Tag: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei

Anlage A2

Juristische Umsetzung der Parteineugründung/ Zum Gutachten von Prof. Martin Morlok

Der bekannte Parteienrechtler Prof. Martin Morlock aus Düsseldorf hat in den letzten Tagen ein umfangreiches Gutachten über eine rechtssichere Form der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS vorlegt. Prof. Morlock empfiehlt als die optimale Form der Bildung einer neuen Partei eine Verschmelzung nach dem Umwandlungsrecht. Das Umwandlungsrecht findet vor allem in der Wirtschaft bei der Zusammenlegung von Unternehmen Anwendung. Kaum war das Gutachten auf dem Tisch, begann schon die für die WASG so typische Unkultur der Vereinfachungen und Verdrehungen, des Versteckens von unhaltbaren Aussagen hinter Fragen usw.
Der Kern der Behauptungen ist, dass ein Weg nach dem Morlock-Gutachten keine Neugründung ermögliche, sondern dass die WASG der PDS beitrete und sich damit verabschiede. Dass solche Formulierungen (von denen wir hier eine höfliche gewählt haben) vielfach interessegeleitet sind, ist uns bewusst. Wir nehmen aber ernst, dass es in der Mitgliedschaft der WASG die Befürchtung gibt, als kleinerer Partner bei einer Verschmelzung beider Parteien von der Linkspartei.PDS geschluckt zu werden.

Deshalb möchten wir uns aus etwas ausführlicher mit den Fragen auseinandersetzen, die sich aus dem Morlock-Gutachten ergeben. Die Auseinandersetzung beginnt mit einer Frage.

Was ist eine Parteineugründung?

Die Neubildung einer starken linken Partei ist kein formaler Akt, sondern sie setzt u.E. voraus, dass hier tatsächlich etwas Neues entsteht. Neugründung bedeutet also nicht, dass bei

der einen Partei alles so weiter geht wie bisher und die andere Partei dem folgt. Eine neue Partei braucht zumindest ein neues Programm, eine neue Satzung, eine neue Regelung der Finanzen und das Neue sollte möglichst auch in einem neuen Namen zum Ausdruck kommen. Neue Mitglieder, die vorher nicht in Linkspartei.PDS und WASG waren, würden das Ganze noch besser machen, hier gibt es noch die meisten Defizite. Darüber hinaus muss es Übergangsregeln für Vorstände, Delegierte, Personal und viele andere Fragen geben.

Alle diese Fragen werden im Moment in der Steuerungsgruppe für den Parteibildungsprozess und ihren Untergruppen zu Programm, Satzung, Finanzen, Frauen, Jugend und Internationales diskutiert. Die Ergebnisse dieser Sitzungen sind in Sofortinfos verbreitet worden und können auf den Homepages der Parteien nachgelesen werden. Teilweise ist der Diskussionsstand sehr weit und nahe vor dem Entwurf einer Vereinbarung. Am 22.10.06 sollen auf einer Sitzung beider Parteivorstände die Entwürfe aller Gründungsdokumente und einer Vereinbarung über die Regularien der Bildung der neuen Partei verabschiedet werden. Die Gründungsdokumente werden danach auf 5 oder 6 Konferenzen mit jeweils mehreren Bundesländern einer erstmaligen Diskussion unterworfen. Auch auf dem Bundesparteitag im November wird es hierzu Diskussionen und Anträge geben. Am 15.12.06 sollen dann die überarbeiteten Gründungsdokumente und die Regularien für die Parteineubildung und den Übergang als Anträge an die beiden Parteitage im März von den Parteivorständen verabschiedet werden. Zu diesen Dokumenten startet dann auch das Antragsverfahren. Auf den Parteitagen im März, die am gleichen Veranstaltungsort, in zwei Sälen stattfinden sollen, werden dann die endgültigen Dokumente beschlossen und der Mitgliedschaft beider Parteien zur Urabstimmung vorgelegt.

Das heißt, alles was die neue Partei ausmacht, wird in einem breiten Diskussionsprozess auf allen Ebenen gemeinsam entwickelt und dann von der Mitgliedschaft in einer Urabstimmung entschieden. Bevor die neue Partei im Juni 2007 gebildet wird, ist sie bereits von den beiden Parteien in einem demokratischen Prozess geschaffen worden.

Die beste Form der Neubildung

Wenn die neue Partei in der skizzierten Form geschaffen wird, der Inhalt der neuen Partei also bereits vor der Neubildung feststeht, ist die Form, also die Art und Weise der Neubildung, letztlich zweitrangig, weil hierdurch nichts mehr verändert werden kann. Es sollte aber eine Form gewählt werden, die die finanziellen Mittel und sowohl finanzielle als auch rechtliche Ansprüche beider Parteien in die neue Partei sicherstellt. Niemand kann daran interessiert sein, materiell bei Null anzufangen, ohne einen Cent die kommenden Landtagswahlen zu bestreiten und für jede/n Kandidat/in wieder neue Unterschriften zu sammeln bzw. auf den Stimmzetteln weit am Ende erst zu stehen. Die WASGlerInnen in NRW werden auch nicht auf die 90.000 Euro Wahlkampfkostenrückerstattung verzichten wollen. Es sollte auch eine Form gewählt werden, die die Mitglieder beider Parteien in die neue Partei übernimmt. Die Forderung, dass jedes Mitglied individuell in die neue Partei eintreten soll, ist abenteuerlich. Wir haben entsprechende Erfahrungen beim Übergang vom WASG-Verein (der immer noch 2.500 Mitglieder hat) zur Partei WASG gemacht. Man stelle sich nur vor, dass der

Gründungsprozess von ver.di über individuelle Neueintritte organisiert worden wäre, um festzustellen, wie realitätsuntauglich eine solche Lösung ist.

Prof. Morlock schlägt in seinem Gutachten vor, die neue Partei durch eine Verschmelzung nach dem Umwandlungsrecht zu schaffen. In dieser Form werden alle Ansprüche, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie alle Verträge der beiden Quellparteien in die neue Partei übernommen. Das 67seitige Gutachten wird momentan von uns nahe stehenden JuristInnen geprüft, außerdem sollen Gespräche mit dem Bundeswahlleiter stattfinden. Juristische Fragen sind im Detail sehr kompliziert, deshalb müssen umfangreiche Prüfungen durchgeführt werden, um den endgültigen Weg wasserdicht zu machen. Wenn beide Parteien Morlock folgen, wird – wie beim Zusammenschluss von zwei Unternehmen – ein Unternehmen das abgebende und ein Unternehmen das aufnehmende sein. Morlock empfiehlt hier rechtlich und formal, dass die kleinere Partei sich auflöst und der größeren Partei beitritt.

Daraus aber einen Beitritt der WASG zur alten Linkspartei.PDS zu konstruieren oder das neue Projekt als PDS plus zu bezeichnen ist einfach unseriös. Wie dargelegt, wird die neue Partei von den beiden Quellparteien in einem längeren Prozess vor dem Gründungsparteitag geschaffen. Auf dem Parteitag im Juni 2007 wird es eine juristische Sekunde geben, in der die 398 Delegieren der WASG ihre alte Partei auflösen und die 398 Delegierten der Linkspartei.PDS ihre Partei in die neue linke Partei umwandeln und die organisatorische Hülle für die neue Partei schaffen. Wenn wir der Linkspartei.PDS einfach beitreten würden, bliebe alles beim Alten. Dem ist aber keineswegs so! Die 398 Delegierten des auflösenden Parteitags der WASG sind sofort nach der juristischen Sekunde 398 Delegierte des Gründungsparteitags der neuen Partei. Das heißt, wir sind von Anfang an gleichberechtigte Partner in der neuen Partei mit der gleichen Delegiertenanzahl wie die ehemaligen Mitglieder der Linkspartei.PDS. Schon vorher wurde festgelegt, dass die zentralen Gremien – also auch der neue Parteivorstand – paritätisch aus Mitgliedern der WASG und der Linkspartei.PDS bestehen soll. Nur formal ist das ein Beitritt der WASG. Wir treten aber nicht der Linkspartei.PDS bei, sondern der neuen linken Partei, die vorher durch gleiche Satzung und gleiches Gründungsprogramm politisch gemeinsam geschaffen wurde.

Es gibt Tendenzen innerhalb der WASG, z.B. das sog. Netzwerk Linke Opposition, die klar formulieren, wenn die Linkspartei.PDS nicht auf bestimmte Forderungen eingeht, werden wir der neuen Partei nicht beitreten. Zu diesen Forderungen gehört u.a. die Gründung der neuen Partei durch individuellen Beitritt. Wir haben den Eindruck, dass diese WASG-Mitglieder eine neue linke Partei nicht schaffen, sondern das schon Erreichte wieder zerstören wollen. So funktioniert ein gleichberechtigter Prozess aber nicht. Von diesen Mitgliedern wird das Morlock-Gutachten lediglich auf den letzten Satz, der einen formalen Beitritt empfiehlt, reduziert.

Wir denken, dass wir ausreichend dargelegt haben, dass es sich bei dem Prozess der Schaffung einer neuen linken Partei in den nächsten Monaten nicht um einen Beitritt der WASG zur PDS handelt.

Es gibt in der Bundesrepublik ein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer starken linken Partei. Diese Partei ist eine große Chance, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nachhaltig zu verändern. Diese Partei wird programmatisch, statuarisch und organisatorisch in den nächsten Monaten geschaffen und, wenn es ihre Mitglieder in der Urabstimmung beschließen, im Juni 2007 neu gegründet werden. Diese neue linke Partei ist dann maßgeblich von uns mitgeschaffen worden, sie trägt unsere Handschrift wie die Handschrift der Linkspartei.PDS. Unter diesen Voraussetzungen wird die WASG im Juni 2007 mit ihrem Beitritt diese neue Partei bilden und vollenden.

Der geschäftsführende Bundesvorstand

Anlage A3
Initiativantrag Hessen

Der Geplante Bundesparteitag am 18.11.2006 in Weimar findet nicht statt. Der LR empfiehlt die Verschiebung des Bundesparteitages. Statt dessen wird der Länderrat Ende November / Anfang Dezember 2006 zu einer weiteren Sitzung zusammen kommen, um eine erste Bilanz der Diskussionen zum Parteibildungsprozess vorzunehmen und den Parteitag im März 2007 intensiv inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

Anlage A4
Antrag des Landesvorstandes der WASG Thüringen:

Der Länderrat möge beschließen den nächsten Bundesparteitag der WASG auf eine Dauer von 3 Tagen festzulegen.

Begründung:
Bei den bisherigen Bundesparteitagen der WASG konnten aus Zeitmangel nicht alle Anträge behandelt werden.

Anlage A5
Antrag des Landesvorstands der WASG – NRW an den Länderrat der WASG

Der Länderrat der WASG möge folgendes beschließen:

Der Bundesparteitag der WASG im November 2006 soll - abweichend vom Beschluss des Bundesvorstandes - nicht an einem, sondern an zwei Tagen stattfinden.

Zur Finanzierung der hiermit verbundenen zusätzlichen Kosten wird von den Mitgliedern der WASG eine einmalige Sonderabgabe, ein „13. Monatsbeitrag“ eingezogen.

Der einmalige Sonder-Beitrag wird folgendermaßen aufgeteilt:
1. Deckung der zusätzlichen Kosten für den 2. Tag des BPT (rund 25 T€)
2. Verteilung des Überschusses (15 - 25 T€): Der zu erwartende Überschuss wird zu je 50% an die Kreis- und Landesverbände aufgeteilt, um so die politische Arbeit vor Ort zu stärken

Mitgliedern, die von Hartz IV betroffen oder GeringverdienerInnen sind, wird die Möglichkeit gewährt, den Sonder-Beitrag zurückbuchen, bzw. die Zahlung zu verweigern.

Begründung:

Auftrag an den BPT im November ist es, einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Erfahrungsgemäß nehmen solche Wahlen mindestens einen Tag in Anspruch.

Die vor uns stehenden Entscheidungen über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Satzung für die neue, gemeinsame Partei mit der Linkspartei. PDS müssen auf dem Bundesparteitag im November breit diskutiert werden. Änderungs- und Initiativanträge müssen behandelt und mit der nötigen Sorgfalt debattiert werden. Eine angemessene Debatte wäre bei einem eintägigen BPT nicht möglich. Nicht ausreichende inhaltliche Debatten sehen wir als Gefahr für den weiteren Parteineuformierungsprozess.

Wir weisen ausdrücklich auf den BPT Beschluss im Juni hin, der - neben der Neuwahl des Bundesvorstandes - eine breite politisch-inhaltliche Debatte für den BPT im November beschlossen hat.

Anlage A6
Initiativantrag des Bundesfinazrates zur aktuellen Finanzlage

„Die Finanzen der Partei sind nach den erheblichen Aufwendungen in den ersten Monaten dieses Jahres nach wie vor in einer angespannten Lage. Dafür sind im Wesentlichen die hohen Aufwendungen für die Landtags- und Kommunalwahlen, für den Parteitag in Ludwigshafen, für einen aus der Bundestagswahl 2005 stammenden Rechtsstreit sowie aus den Reisekosten für die zwischenzeitlich sehr aktiven Kommissionen und Arbeitsgruppen auf Bundesebene verantwortlich. Die sonstigen Aufwendungen liegen im Rahmen bzw. deutlich unterhalb der im Jahresbudget vorgesehenen Kostenansätze. Entsprechende Kürzungen der Budgetansätze auf Bundesebene wurden im BV bereits beschlossen.

Die Beitrags- und Spendeneinnahmen bleiben immer noch deutlich hinter den Annahmen des Jahresbudgets 2006 zurück. Dies ist der erhöhten Zahl an Austritten und dem Rückgang des

durchschnittlichen Monatsbeitrages zuzuschreiben. Die eingeleitete Beitragsaktion blieb bislang ohne nennenswerte Resonanz. Eine erste Analyse der Beitragseingänge im Sommer dieses Jahres – am 6. 9. vorläufig abgeschlossen - zeigt nun erhebliche Rückstände bei der Beitragszahlung. Im September dieses Jahres sind rund 159.000.- Euro an Mitgliedsbeiträgen noch nicht bezahlt. Bisherige Erinnerungen und Mahnbriefe, die seit 11/05 an säumige Mitglieder versandt werden, blieben weitgehend ohne Resonanz.

Der Länderrat hat im Dezember 2005 beschlossen, dass die Beitragsanteile für Landes- und Kreisverbände auf der Grundlage des jeweiligen tatsächlichen Beitragsaufkommen berechnet werden. Da es bisher nicht möglich war die dafür notwendigen personellen Kapazitäten zu finanzieren, empfahl der Bundesfinanzrat bis Ende des Jahres, die Beitragsanteile auf Basis der gemeldeten Bruttoangaben zur Verfügung zu stellen. Dieses Verfahren erschien zunächst sinnvoll, da in 2005 die Differenz zwischen Soll- und Istbeträgen äußerst gering war. Deshalb wurde das Beitragsrisiko ausschließlich von der Bundeskasse getragen. Angesichts der aktuellen Summe der Beitragsrückstände von über 159.000,- Euro ist das durch die Bundeskasse nicht mehr finanzierbar. Ohne sofortige Gegenmaßnahmen würde sich das Defizit am Jahresende auf ca. 250.000.- Euro – rund ein Viertel unseres Budgets – belaufen.

Der Länderrat beschließt deshalb:
1.
In der Bundesgeschäftsstelle sind umgehend die personellen und organisatorischen Vorraussetzungen für ein nachhaltig wirksames Beitragsinkasso zu schaffen. Die für die Personalbesetzung notwendigen finanziellen Mittel, sind gegebenenfalls über eine Umlage von allen Organisationsebenen aufzubringen.

2.
Zuerst sind alle Mitglieder nach Beitragseingängen zu überprüfen. Mitglieder die keine Beiträge gezahlt haben, werden den jeweiligen Landesverbänden zugeordnet. Diese Liste wird unverzüglich den Landesschatzmeistern zur weiteren Bearbeitung in Abstimmung mit den Kreisvorständen übergeben. Bis November wird über die Ergebnisse dieser Maßnahmen allen Gremien ein Bericht vorgelegt.

3.
Um die Handlungsfähigkeit aller Organisationsgliederungen zu sichern, werden die Budgets auf Bundes-, Landes- und Kreisebene ab dem 1.8.2006 um 35 % gekürzt. Sobald die Soll-/Istdaten aus den Landesverbänden vorliegen, wird der Kürzungsbetrag nach Verrechnung der Mandatsträgerbeiträge entsprechend verrechnet und die Zuweisungen dem aktuellen tatsächlichen Beitragsaufkommen angepasst.

4.
Der Länderrat appelliert an alle Mitglieder, korrekt und zeitnah ihren Beitrag zu bezahlen und etwaige rückständige Beiträge zu überweisen. Alle Mitglieder werden gebeten, ihren Beitrag – sofern möglich – nach oben anzupassen. Jeder Euro mehr verbessert unsere politischen Möglichkeiten.

5.
Mitglieder, die ihren Beitrag nicht satzungsgemäß bezahlt haben, werden bis zum 15.10.06 darüber informiert, dass ihre Mitgliedsrechte erloschen sind. Es wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt, ihre Mitgliedschaft wieder aufleben zu lassen, wenn sie die rückständigen Beiträge bis spätestens 15.11.06 entrichten.

6.
Das verbleibende Lohnausfallbudget wird gestrichen, Zahlungsziele von Lieferanten gestreckt und andere Zahlungsverpflichtungen wo immer möglich auf spätere Zeitpunkte verschoben.“

Bundesvorstand
Geschäftsführender Bundesvorstand: Klaus Ernst, Thomas Händel, Axel Troost, Felicitas Weck
Schumannstraße 2, 10117 Berlin, Tel: 030/28884814,
e-mail: info@wahlalternative.de, http://www.w-asg.de
Bankverbindung: Konto 457 700 000 BLZ 760 800 40 Dresdner Bank Nürnberg